

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 186.

Freitag, 12. Dezember 1980

Blatt 3599

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
(rosa) Wiener Landtag
Gratz: Positive Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit

Politik: Gratz: "Ich bleibe Wiener Bürgermeister"
(rosa)

Lokal: Literatur im Advent
(orange) Abschaffung des Beschreibungsbogens

Kultur: Goldene Ehrenmedaillen für Schenk und Kutschera
(gelb)

Nur
Über FS: 12.12. Tauwetter bringt zur Rush-Hour Glätte
Gratz-Bilanz über 1980
Ehrung von Dienstjubilaren

Literatur im Advent

Utl.: Neues Kommunikationszentrum: Bücher, Galerie und Cafe

=++++

1 Wien, 12.12. (RK-LOKAL) Literatur im Advent präsentiert der Verein "Freunde der Josefstadt", Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes, kommenden Dienstag, dem 16.12., im neu eröffneten Kultur- und Kommunikationszentrum "Bücher und Kunst im Palais Auersperg", 7, Lerchenfelder Straße 9-11. Burgschauspieler Prof. Otto KERRY wird unter anderen aus Werken von Erich Kästner, Charles Dickens, O. Henry und Heinrich Waggerl lesen. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung - sie beginnt um 19 Uhr - ist frei. Das neu eröffnete Zentrum umfaßt neben einer Buchhandlung auch eine Galerie und ein Cafe, in dem kulturelle Veranstaltungen, wie Buchpräsentationen, Lesungen, Liederabende und Filmvorführungen stattfinden sollen. Mit dieser für Wien erstmaligen Form der Kombination von Büchern, Kunst, Galerie und Cafe soll dem Kunst- und Kulturinteressierten als Konsument künftighin die Begegnung mit dem Künstler bzw. dem Kunstproduzenten ermöglicht werden. Darüber hinaus wird aber auch der Verein "Freunde der Josefstadt" ab kommenden Jahr regelmäßig Veranstaltungen in diesem neuen Kunst- und Kulturzentrum durchführen. (Schluß) zi/sr

Gratz: "Ich bleibe Wiener Bürgermeister"

=++++

3 #Wien, 12.12. (RK-POLITIK) Bürgermeister Leopold GRATZ erklärte der "RATHAUSKORRESPONDENZ": "Nach Rücksprache und im Einvernehmen mit Bundeskanzler Dr. Kreisky stelle ich eindeutig fest, daß alle Gerüchte über meine Rückkehr in die Bundesregierung frei erfunden sind. Ich bleibe Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien."#
(Schluß) sti/gg

Goldene Ehrenmedaillen für Schenk und Kutschera

=++++

8 #Wien, 12.12. (RK-KULTUR) Auf Antrag von Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK beschloß der Wiener Stadtssenat die Verleihung der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold an den populären Schauspieler und Regisseur Otto SCHENK und an den Direktor des Theaters an der Wien, Prof. Rolf KUTSCHERA. Die Gattin Kutscheras, die Schauspielerin Susanne ALMASSY, erhält die Ehrenmedaille in Silber. #

(Schluß) pr/gg

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

4 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat nahm am Freitag seine am Vortag unterbrochene Sitzung mit den Beratungen über das Budget der Geschäftsgruppe "Straße, Verkehr und Energie" wieder auf. Stadtrat Heinz NITTEL (SPÖ) wies darauf hin, daß die Wiener für ihre nahezu 500.000 Personenkraftwagen jährlich mindestens 15 Milliarden Schilling ausgeben. Gleichzeitig erheben sie Forderungen an die Gemeinde. Zu den Möglichkeiten der öffentlichen Hand, die sich verglichen mit den 15 Milliarden an privaten Ausgaben bescheidener ausnehmen müssen, gehören der Straßen-, und Brückenbau, die Errichtung von Parkplätzen und Schutzbauten, von Grünbrücken und Einrichtungen zur Verkehrsregelung, rechtliche Ordnungsmaßnahmen, aber auch der Bau der U-Bahn und der Schnellbahn, die Anschaffung moderner Fahrzeuge für die öffentlichen Verkehrsmittel und die finanzielle Unterstützung der Verkehrsbetriebe. Die Ausgaben der Gemeinde Wien und des Bundes im Bereich des Verkehrs erreichen insgesamt eine Höhe von 9 Milliarden. Es kann verlangt werden, daß die Forderungen des Bürgers an die öffentliche Hand fair sind. Nittel erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß hunderttausende Kraftfahrzeuge die Straßenränder verstellen und damit eine wirksame maschinelle Schneeräumung verhindern, während gleichzeitig die Gemeind heftig kritisiert wird, weil sie nicht sofort alle Wege frei macht. Allein, um Parkplätze für die jährlich neu hinzukommenden 15.000 Autos zu schaffen, müßte man 50 Kilometer Straße bauen. Die Geschäftsleute in der Mariahilfer Straße beklagen das Fehlen von Parkplätzen, sind aber noch nicht auf die Idee gekommen, selbst Parkhäuser, die von der Gemeinde ja gefördert werden könnten, zu errichten. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

5 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zu den wichtigsten Straßenprojekten im Bereich der Stadt Wien für das Jahr 1981 zählen der Franz Josefs-Kai und die Fußgängerzone Morzinplatz. Damit wird der Straßenzug Ring-Kai geschlossen und die Voraussetzung für die Sperre der Inneren Stadt für den Durchzugsverkehr geschaffen, sagte NITTEL. Weitere Vorhaben sind der Praterstern, der Mexikoplatz, der Bereich Althanstraße, Augasse, Liechtenwerder Platz, die Laxenburger Straße und Favoritenstraße, der Bahnhofsvorplatz Hütteldorf und das Zentrum Kagran sowie - im Zusammenhang mit dem Beschleunigungsprogramm - das Gersthofer Platzl und die Jörgerstraße. Auch Maßnahmen für Behinderte, Lärmschutzbauten, verkehrsberuhigte Zonen und Radwege sind vorgesehen.

Im Bereich der Bundesstraßen sind unter anderen die Donauufer-Autobahn (ab 31. Oktober 1981 bis zur Floridsdorfer Brücke befahrbar), die Brigittenauer Brücke (Verkehrsfreigabe Herbst 1982), der zügige Ausbau der Flughafenautobahn, die Donaufelder Straße, die Praterstraße, die Lassallestraße und die Wagramer Straße zu nennen. Es ist zu hoffen, daß der Bau der Uraniabrücke 1981 begonnen werden kann. Auch über die Finanzierung der Roßauer Brücke durch den Bund besteht nunmehr eine Einigung. Die Vorarbeiten für den Ausbau der Flötzersteig-Bundesstraße sind im Gange.

Die Verkehrsleitzentrale in der Roßauer Kaserne wird ausgebaut. Die Verhandlungen zur Schaffung einer wirksamen Kontrolle des ruhenden Verkehrs gehören ebenfalls zu den Schwerpunkten für das Jahr 1981. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

6 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Für den U-Bahn-Bau sind 1981 knapp zwei Milliarden Schilling vorgesehen, sagte NITTEL. Auf allen Strecken des Grundnetzes wird pünktlich gearbeitet, die Fertigstellung erfolgt am 3. September 1982. 1981 wird die U 1 bis zum Praterstern und die U 4 bis Hietzing verlängert. Damit kann auch die Rundlinie U 2/ U 4 in Betrieb genommen werden. Die Vorarbeiten für die U 3 und die U 6 sind angelaufen, die Trassen für die U 3 in der Landstraße und für die U 6 in Meidling wurden festgelegt. Die Bauarbeiten selbst werden im wesentlichen nach Fertigstellung des Grundnetzes ab 1983 anlaufen. Die Umstellung der Vorortelinie auf Schnellbahnbetrieb ist im Gange.

1981 wird mit einem Anfall von insgesamt 592.000 Tonnen Müll (370 Kilogramm pro Kopf) gerechnet. Das Recycling-Werk in der Donaustadt wird 1981 den Betrieb aufnehmen. Unter anderen mußte die Magistratsabteilung 48 auch 9.500 Autos, die verkehrsbehindert abgestellt waren, abschleppen. Das ergibt einen Durchschnitt von 38 pro Werktag. Diese Zahl wird 1981 kaum geringer werden. Auch die 8.000 abgeschleppten Autowracks sind in gewisser Weise ein Symbol unserer Zeit. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

7 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine Verlängerung der U 1 zumindest bis zum Rennbahnweg und eine Verlängerung der U 4 nach Auhof trat GR. Dipl.Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) ein. Das Park-and-Ride-System kann nur wirksam sein, wenn die Umsteigemöglichkeit bereits am Stadtrand gegeben ist. Die derzeit angespannte finanzielle Situation würde eher den Bau von diesen "billigen" U-Bahnlinien erlauben, als den Bau der innerstädtischen Linie U 3. Pawkowicz brachte zwei ANTRÄGE zur Verlängerung der U 1 und U 4 ein.

In der inneren Mariahilfer Straße sind im unteren Bereich noch immer keine "Wiener Schwellen" aufgebracht worden. In einem weiteren ANTRAG forderte Dipl.Ing. Pawkowicz die Errichtung dieser Schwellen. Sollte die U 3 gebaut werden, müßte man aus den Erfahrungen der Praterstraße lernen und diese u-Bahnlinie nicht durch die Mariahilfer Straße führen. Ansonsten müßten wieder viele Klein- und Mittelbetriebe zusperren. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

9 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Eine Sonderparkberechtigung für die Bewohner der inneren Bezirke forderte GR. DALLER (ÖVP). Er verlangte zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen, weitere verkehrsberuhigte Zonen, Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, die rasche Errichtung von Park-and-Ride-Plätzen, die zügige Verwirklichung von Spiel- und Wohnstraßen und Baumpflanzungen in verschiedenen Straßen und Plätzen mit einem gesamten zusätzlichen Aufwand von 59 Millionen Schilling. Er hoffe, daß mit dem Bau der Uraniabrücke im kommenden Jahr begonnen werde und stellt fest, daß im Bundesbudget keine Mittel für den Bau der Roßauer Brücke vorgesehen seien. Die künftige Verkehrsführung bei der Secession solle bereits jetzt in Betrieb genommen werden, um zu prüfen, ob die gewählte Lösung zielführend ist. Möglichst bald sollten alle Verkehrslichtsignalanlagen an die Verkehrsleitzentrale angeschlossen werden. Stadtrat Nittel solle die Bezirksverkehrskonzepte für die Bezirke 1 bis 9 kurzfristig den Bezirken vorlegen. Auf dem Karlsplatz sollen die nicht mehr benötigten Gleise entfernt werden, damit mit der Umgestaltung begonnen werden kann. Daller stellte die Frage, ob eine Abfahrt von der Reichsbrücke zur Donauinsel gebaut wird. In der Koppstraße und in der Gablenzgasse sollen Lärmschutzfenster eingebaut werden.
(Forts.) and/sr

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

10 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) hob die Vorrangigkeit des öffentlichen Verkehrs hervor. Der U-Bahn-Bau geht zügig voran. 1981 werden 1.380 Millionen für den weiteren Ausbau der U-Bahn-Linien zur Verfügung stehen. Die U 1 wird bis zum Praterstern und nach Kagran fahren. Die U 4 wird von Meidling bis Hietzing und später bis Hütteldorf verlängert. Die kolportierten Meldungen, daß für den U-Bahn-Bau kein Geld vorhanden sei, sind falsch. Die Wiener halten die U-Bahn für das attraktivste öffentliche Verkehrsmittel und nehmen sie - wie aus einer Umfrage hervorgeht - gerne an. Der Vorrang für den öffentlichen Verkehr erfordert einige Eingriffe in das gesamte Verkehrsgeschehen. Die U-Bahn muß an den Oberflächenverkehr angebunden werden. Neue Autobus- und Straßenbahnlinien haben Stadtviertel verkehrsmäßig erschlossen. Die Linie "67" wurde verlängert. Bei den Linien "6", "15" und "21" werden die Umsteigmöglichkeiten verbessert. An 30 wichtigen Straßenbahnstationen werden Lautsprecher eingebaut. Die Informationsstelle der Verkehrsbetriebe auf dem Karlsplatz ist auch Samstag und Sonntag geöffnet. Ein großer Erfolg waren die U-Bahn-Kurse für Senioren. Zur Beschleunigung der Linie "5" wurden in der Alserbachstraße Schwellen angebracht. Das Großprojekt des U-Bahn-Baus sichere die Auftragslage zahlreicher Wiener Firmen. Nach einer Beförderungsprognose für 1981 wird es 447 Millionen Fahrgäste geben. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

11 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP)

beschäftigte sich zunächst mit den Zahlungen des Bundes zur S-Bahn und U-Bahn. Er vermisse hier konkrete Zahlen über Beiträge zum Bau der Vorortelinie und der U 3 und U 6. Überdies hat die Wiener Wirtschaft mit der Dienstgeberabgabe bis jetzt 3,1 Milliarden S zum Bau des U-Bahn-Grundnetzes beigetragen, der Bund nur 2,4 Milliarden.

Die Vorortelinie wird nun endlich gebaut. Die Befürchtungen der SPÖ bezüglich einer mangelnden Frequenz dieser Strecke wurden bereits durch die Autobuslinie "10 A" widerlegt. Die ÖVP fordert allerdings schon seit langem den weiteren Ausbau des Wiener Bahnnetzes zu S-Bahn-Ringen. Um nun den Bedarf einer S-Bahn-Führung von Penzing nach Meidling über die Verbindungsbahn nachzuweisen, stellte Kreiner den Antrag, probeweise auf dieser Strecke einen Autobusbetrieb einzurichten und bei entsprechender Frequenz Verhandlungen bezüglich der Einrichtung einer S-Bahn auf dieser Strecke aufzunehmen.

Das U-Bahn-Grundnetz wird 1982, mit zweijähriger Verspätung auf den ursprünglich vorgesehenen Termin und mit riesigen Kostensteigerungen fertiggestellt, sagte Kreiner. Er sehe jedoch keine Möglichkeit, 1982 mit dem Bau der U 3 und der U 6 zu beginnen, da für die Vorarbeiten bis 1981 statt 131 nur 40,5 Millionen S zur Verfügung sind. Schließlich erinnerte Kreiner an die Versprechen des damaligen Verkehrsstadtrates Nekula 1975, die Möglichkeit von Linientaxis zu untersuchen, und von Stadtrat Nittel, der Beförderung von Behinderten besonders Augenmerk zu schenken. Abschließend betonte Kreiner die Priorität des öffentlichen Verkehrs, der die Mobilität aller Bevölkerungsschichten garantiert. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

12 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Angesichts der angespannten finanziellen Situation der Stadt Wien und des Bundes, aber auch wegen der zu erwartenden geringen Auslastung des geplanten neuen Konferenzentrums bei der UNO-City wäre es sinnvoll, die dafür vorgesehenen Mittel für andere, wichtigere Investitionen zu verwenden, sagte GR. HAHN (ÖVP). Dieses Konferenzzentrum soll insgesamt 5.900 Personen Platz bieten. Die Baukosten sind mit rund fünf Milliarden Schilling veranschlagt, die zu 65 Prozent vom Bund und zu 35 Prozent von der Stadt Wien getragen werden. Österreich hat mit der Errichtung der UNO-City und des Internationalen Konferenzentrums bereits seine internationalen Verpflichtungen erfüllt. Die Stadt Wien könnte die für das österreichische Konferenzzentrum vorgesehenen 1,75 Milliarden Schilling statt dessen für den zügigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Wien, vor allem für die U-Bahn-Linie U 3, für die im Finanz- und Investitionsplan bis 1985 noch keine Mittel vorhanden sind, verwenden. Hahn brachte einen ANTRAG ein, zum ehest möglichen Zeitpunkt eine Volksbefragung in ganz Wien mit folgender Fragestellung durchzuführen: Sind Sie für den Bau des österreichischen Konferenzentrums oder sollen die dafür vorgesehenen Mittel der Stadt Wien für den zügigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs, vor allem der u 3, verwendet werden? Ein gut funktionierendes Verkehrssystem ist wichtiger als ein leerstehendes Konferenzgebäude, sagte Hahn. Auch innerhalb der SPÖ gibt es in dieser Frage offenbar verschiedene Meinungen. Die Wiener Bevölkerung soll nun selbst darüber entscheiden. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

13 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Im Straßenbau werden nicht nur große, sondern auch kleinere Projekte verwirklicht, erklärte GR. HABERL (SPÖ). Grundlage des Ausbaus ist das Wiener Verkehrskonzept, das eine Bündelung und Regelung des Individualverkehrs vorsieht. Im Bereich des Schöpfwerks und der Gelben Haide wurden in diesem Sinne Verkehrsbauten errichtet, die eine Zufahrt zur Triester Straße und über die Eichenstraße in das Stadttinnere ermöglichen.

Lärmschutzanlagen werden, wo notwendig, gebaut. Das traf bei der Süd-Ost-Tangente im Bereich des Schöpfwerkes und des Kirchenplatzes zu. Derzeit sind Lärmschutzdämme im Bereich der Per Albin-Hansson-Siedlung Nord, der Erben-Gasse, der Leberstraße und in der Wienerfeld-Siedlung in Bau.

Mit den finanziellen Beträgen für Radfahrwege kann das Auslangen gefunden werden. Mit einem Radweg wird bei der Auffahrt zum Nordknoten in der Heiligenstädter Straße begonnen. Dieser Radweg wird über die Uraniabrücke, Praterstraße bis zur Prater Hauptallee fortgesetzt werden. Ein weiterer Radweg führt vom Süden Wiens bis nach Laxenburg.

Zur Müllbeseitigung erklärte Haberl, daß alle Projekte, außer dem Rinterprojekt, bloß den Verkauf von Anlagen an die Stadt Wien vorsahen. Nur das Rinterprojekt schloß eine Abnahmegarantie für die Rohstoffe ein. Als in der Öffentlichkeit wegen des Eigentümers der Firma Rinter Kritik am Projekt geäußert wurde, schaltete Stadtrat Nittel selbst das Kontrollamt ein, um dieses für Wien so wichtige Projekt aus dem tagespolitischen Streit herauszuhalten. (Forts.)
sei/sr

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

15 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort wies Stadtrat NITTEL (SPÖ) darauf hin, daß im heurigen Jahr die Reichsbrücke und die Brücke über die Wagramer Straße, die neue Station Thaliastraße und die Verlängerungen der Straßenbahnlinien "64" und "67" sowie die neue Straßenbahnlinie "N" in Betrieb genommen wurden. Er unterstrich, daß die ÖVP, obwohl unter ihrer Führung der Bau der UNO-City beschlossen worden war, jahrelang gegen dieses Projekt gewesen sei, um nun festzustellen, daß Österreich damit seine internationale Verpflichtung erfüllt. Ähnlich sei es mit der S-Bahn gewesen. Bei der Forderung von GR. DALLER nach mehr Bäumen im Straßenraum müsse man daran denken, daß der Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 22. Bezirks, Fasching, von einem Ausdruck der marxistischen Planung gegen die Wirtschaft sprach, als Parkplätze aufgelassen wurden, um Bäume zu pflanzen. GR. Daller habe auch im Sommer 1979 dringlich den Bau der A 24 verlangt, nun habe die ÖVP dieses Kind zur Seite gelegt. In der Mariahilfer Straße werde konsequent nach den Grundsätzen der Verkehrskonzeption vorgegangen. Was die Verlängerung der Schwelle bis zum Getreidemarkt betrifft, haben sich seinerzeit die Handelskammer und der Bezirksvorsteher des 7. Bezirks dagegen ausgesprochen, Präsident Dittrich ist zwar gegen die Schwelle, aber für eine Beschleunigung der Straßenbahn. Eine Baustelle bei der Stiftgasse läßt es sinnvoll erscheinen, mit der Aufbringung der Schwelle vorerst zuzuwarten und den Erfolg der im Oktober aufgebrachten Sperrlinie zu prüfen. Es gebe jedoch keinen Grund für die Vermutung, daß wird unser Ziel nicht konsequent verfolgen, sagte Nittel wörtlich. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

16 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zu GR. Pawkowicz gewandt, betonte NITTEL, daß von einer gleichzeitigen U-Bahn-Verlängerung bis Kagran mit der Eröffnung der Reichsbrücke nie die Rede gewesen sei. Als Eröffnungstermin gilt der 3. September 1982. Auch für die U 1-Verlängerung bis Praterstern war stets der Termin Mai 1981 genannt. In der Praterstraße werden 144 Bäume gepflanzt. Hinsichtlich der Betriebsaufnahme für die U 3 verwies Nittel auf den einstimmigen Grundsatzbeschluß für den Ausbau von U 3 und U 6, der am 29. April gefaßt wurde. Wenn das Grundnetz fertig ist, wird mit dem Bau von U 3 und U 6 begonnen. Nach der Fertigstellung dieser beiden Linien wird eine mögliche Verlängerung des U-Bahn-Grundnetzes zu prüfen sein. Für eine Verlängerung nach Maria Brunn bestehe jedoch aus verkehrspolitischen Erwägungen kein Grund: Ein Meter U-Bahn kostet zwischen 700.000 und 2,5 Millionen Schilling, und deshalb muß eine möglichst weitgehende Auslastung der Kapazität (25.000 bis 40.000 Personen pro Stunde) sichergestellt sein. Selbst die angesprochenen Autobenutzer, die von der Westautobahn kommen, machen nur 22.500 Fahrzeuge pro Tag aus. Die Notwendigkeit zum Ausbau der zweiten Wiener Westeilenfahrt über den Flötzersteig mache der gestrige Unfall in der Hadikgasse neuerlich deutlich. Wegen einer Verlängerung der U 1 nach Norden in den Bereich Rennbahnweg/Großfeldsiedlung wurden zwar die grundsätzlichen Vorkehrungen getroffen. Die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel für den U-Bahn-Bau müssen aber vorrangig dort eingesetzt werden, wo sie die größte Verkehrsentlastung erbringen. Zum Bau von Volksgaragen zu Lasten der öffentlichen Hand stellte Nittel fest, daß dem PKW-Benutzer die Kosten, die jedenfalls durch Abstellen von Fahrzeugen entstehen, deutlich gemacht werden müssen. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Verkehrsdebatte

=++++

17 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Bau der Urania-Brücke ist im Budget vorgesehen. Derzeit laufen Planungen für eine Anbindung der unteren Donaustraße. Der Ausbau des Tempelgassendurchbruchs wurde vorerst zurückgestellt. Der zweite Ring um die Innere Stadt über Zweier-Linie, Urania-Brücke und Roßauer-Brücke muß geschlossen werden, für den Bau der Roßauer-Brücke gibt es eine Vereinbarung mit dem Bund, die auch in der Bundesstraßengesetzesnovelle ihren Niederschlag finden soll. Die Bezirksverkehrskonzepte für den 3. bis 9. Bezirk werden in Kürze den Bezirken vorgestellt. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, daß man in einer Stadt mit 600.000 Fahrzeugen (75 Prozent der Haushalte sind motorisiert) ohne Lärm und andere Emissionen auskommt. Die Wichtigkeit diese Problems macht es notwendig, sachlich darüber zu diskutieren. Die Stadt Wien hat Vorleistungen für den Lärmschutz an der Süd-Ost-Tangente erbracht. In einer Novelle zum Bundesstraßengesetz soll die Möglichkeit vorgesehen werden, Wohnungen, wie etwa in der Absberggasse, abzulösen. Es sei nicht vertretbar, Hoffnungen zu wecken, die wirtschaftlich und technisch nicht erfüllt werden können. Eine zeitweilige Sperre der Koppstraße etwa müsse dazu führen, daß sich der Verkehr in angrenzenden Straßenzüge verlagert. In der Herrengasse fahren um 50 Prozent mehr Fahrzeuge als auf der Brenner-Autobahn. Verkehrsumleitungen müssen daher dort selbstverständlich sein, aber es muß uns klar sein, daß die gleichen Probleme dann an anderer Stelle auftreten. Die Anliegen der Behinderten müssen realistisch bewältigt werden. So müsse für Rollstuhlfahrer etwa eine andere Form der Beförderung als mit der U-Bahn gefunden werden. Eine Verordnung sieht bei neuen Gehsteigen Vorkehrungen für Rollstuhlfahrer vor. Er sei sich des konkreten Auftrags und der Verantwortung für die Verkehrsprobleme bewußt: Was versprochen wurde, werde exakt und pünktlich erfüllt werden.

(Forts.) and/sr

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Budget 1981 beschlossen

=++++

18 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Im Verlauf der Debatte habe er gehört, daß die Opposition zu einigen Punkten des Budgets zustimmen würde, einige Punkte aber ablehnt. Die gültige Rechtslage läßt nur eine Abstimmung im Gesamten zu, stellte Stadtrat MAYR (SPÖ) fest.

Zur Abstimmung lagen 32 Anträge vor. Drei Anträge wurden abgelehnt, 29 Anträge wurden zugewiesen. Abgelehnt wurde der öVP-Antrag über Fonds und Bedeckungsvorschläge von Mehr- und Minderausgaben, der FPÖ-Antrag zur Erhöhung der Dotierung für Erstazvornahmen und der FPÖ-Antrag zur Verlängerung der U 4 nach Auhof.

Das Budget für 1981 wurde mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. Der Gebührenprüfungsantrag wurde ebenfalls mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. Die Vorlage des Finanz- und Investitionsplan 1981 bis 1985 wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. Die Wertgrenzen für das Verwaltungsjahr 1981 wurden einstimmig beschlossen. (Forts.)
ba/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Stadtwerkedebatte

=++++

20 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) In seinem Referat zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke 1981 sprach Stadtrat NITTEL (SPÖ) die Entschuldung der Verkehrsbetriebe durch die Hoheitsverwaltung und die steigenden Energiepreise als wesentliche finanzielle Kriterien an. Während die Stadt Wien die Verkehrsbetriebe durch die Entschuldung von der Pflicht befreit, 1981 Fremdkapital in der Höhe von insgesamt 1,775 Milliarden S aufzunehmen, hat sie auf dramatisch steigende Energiepreise keinen Einfluß. Vom 1. Jänner bis 1. Oktober 1980 stieg der Preis für sowjetisches Gas um 44%, der Ölpreis stieg in einem Jahr um 85%. Bereits 1980 mußten 650 Millionen mehr als vorgesehen für Rohenergie ausgegeben werden, für 1981 ist bereits jetzt ein weiterer Verlust von 400 Millionen mehr, als vorausgeplant, abzusehen. Ein Notversorgungsplan wurde erstellt, um die energieverversorgung auf jeden Fall zu sichern. Infolge der Rohenergiepreiserhöhungen stiegen auch die Verbraucherpreise. Bei einer Prognose von einem Energiemehrverbrauch von rund 40% für 1990 wird es nicht darauf ankommen, unseren Zivilisationsstandard einzuschränken, sondern Verschwendungen abzustellen. Wir müssen die technologische Entwicklung im Bereich der Kohle verfolgen und die Kernenergie der Stromerzeugung nutzbar machen. Dieses emotionsgeladene Thema muß eingehend diskutiert werden.

Trotz steigenden Verkaufszahlen für Strom und Gas und einer günstigen Entwicklung der Beförderungsfälle bei den Verkehrsbetrieben werden die Stadtwerke 1981 mit einem Verlust von 1.087 Milliarden S rechnen müssen. Von den Verlusten entfallen auf die E-Werke 79 Millionen, auf die Gaswerke 529 Millionen und auf die Verkehrsbetriebe 480 Millionen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Stadtwerkedebatte

=++++

21 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Investitionsplan der Stadtwerke weist 2.680 Millionen S auf, wovon allerdings vorläufig 654 Millionen gesperrt sind. Bei Mehreinnahmen können die Sperren aufgehoben werden. Schwerpunkt der Investitionen bei E- und Gaswerken ist der Ausbau der Versorgungseinrichtungen, bei den Verkehrsbetrieben eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs.

Abschließend beantragte Nittel die Genehmigung des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke für 1981 und wies darauf hin, daß wir in Zukunft für die Energie mehr bezahlen müssen. Die Stadt Wien wird aber alles ihr mögliche tun, um die erforderliche Energie zu beschaffen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Stadtwerkedebatte

=++++

22 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Die Erhöhung des Abganges beim Budget der Hoheitsverwaltung ist vor allem auf die Deckung des Verkehrsbetriebe-Defizits zurückzuführen, sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Die Fahrgastzahlen blieben hinter den Erwartungen zurück. Der Trend zu den öffentlichen Verkehrsmitteln wurde durch eine falsche Tarifpolitik unterbrochen beziehungsweise gestört. Das Beschleunigungsprogramm für die Straßenbahn wurde nicht konsequent weitergeführt, auf diesem Gebiet sind verstärkte Maßnahmen notwendig.

Ein Propagandablatt besonderer Art ist das Stadtwerke-Magazin "24 Stunden für Wien". Hier findet sich das, was in Publikationen des Presse- und Informationsdienstes schon vorher veröffentlicht wurde. Es ist ein schlecht gemachtes Blatt, in dem auch kleinliche Zensur geübt wird. Pawkowicz stellte den Antrag, die Herausgabe der "24 Stunden" durch die Wiener Stadtwerke einzustellen. Die notwendige Information über die Wiener Stadtwerke soll durch den Presse- und Informationsdienst erfolgen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Stadtwerkedebatte

=++++

23 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Die groß angekündigte Sanierung der Wiener Stadtwerke war ein Kompromiß gegen die Energieunternehmungen, erklärte GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP). Die E-Werke und die Gaswerke stehen nach wie vor nicht auf eigenen Beinen. Sie müssen weiterhin die Verkehrsbetriebe unterstützen.

Der Verlust der Wiener Stadtwerke wird 1981 mit 1,1 Milliarden eine ähnliche Größenordnung haben, wie vor der Sanierung. Die finanzielle Lücke ist im Wirtschaftsplan mit 2,8 Milliarden sogar knapp höher als vor der Sanierung.

Schuld an diesem Zustand ist das statische Konzept, das die Rathausmehrheit bei den Wiener Stadtwerken anwendet. Die Hoheitsverwaltung übernimmt bloß Kosten wie die Pensionslasten oder den Abgang der Verkehrsbetriebe. Die ÖVP tritt dagegen für ein dynamisches Konzept ein. Die Wiener Stadtwerke müßten mit einer höheren Eigenkapitalbasis ausgestattet werden.

Die ÖVP wird der Erhöhung der Gastarife zustimmen, weil das Ausmaß der Erhöhung im wesentlichen der Erhöhung des Einstandspreises entspricht. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energie sollte jedoch nicht zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet werden. Die zusätzlichen Geldmittel sollten zweckgebunden zum Beispiel für den Ausbau des Fernwärmenetzes verwendet werden.

(Forts.) sei/sr

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Stadtwerkedebatte

=++++

24 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) stellte einleitend die Frage, wie die steigenden Energiepreise finanziert werden sollten und berichtete anschließend über Rationalisierungen und Attraktivitätssteigerungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Der Umbau von Garnituren auf Ein-Mann-Betrieb bringt pro Garnitur die Einsparung von bis zu drei Schaffnern, und auch die Linienverkürzungen machen es möglich, genügend Personal für die U-Bahn und eine verstärkte Kontrolle bereitzustellen. Lag die Zahl der tatsächlich eingesparten Mitarbeiter heuer nur bei sechs, wird sie im kommenden Jahr bereits auf 136 steigen. Der Einsatz der U-Bahn-Garnituren mit größerer Kapazität als die Straßenbahnzüge ermöglicht ebenfalls Kostensenkungen.

Hengelmüller berichtete dann über Erneuerungsmaßnahmen auf der Gürtellinie der Stadtbahn und teilte mit, daß im kommenden Jahr zu den drei bisher im Einsatz befindlichen Zwei-Richtungsgarnituren vom Typ E(mil) 6 im kommenden Jahr weitere vier kommen werden. Die U-Bahn wird in mehreren Etappen bis 1982 weiter ausgebaut. Der Redner setzte sich dafür ein, verstärktes Bewußtsein für die Bedeutung der öffentlichen Verkehrsmittel in der Öffentlichkeit zu wecken und wies darauf hin, daß durch den Vandalismus jährlich ein Schaden von fünf Millionen S entsteht. Daher sollen die vorbeugenden Kontrollen nach Großveranstaltungen im kommenden Jahr verstärkt werden. Hengelmüller bemerkte, daß in Wien der billigste Fahrpreis Europas im Vergleich zum Liniennetz von 480,6 Kilometern eingehoben wird. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Stadtwerkedebatte

=++++

25 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Kritik an der Wiener Energiepolitik übte GR. HAUBENBURGER (ÖVP). Sie werde vernachlässigt, das Energiekonzept wird nicht realisiert. Die optimale und langfristige Versorgung der Stadt mit Strom, Gas und Fernwärme müsse gesichert werden. Notwendige Sparmaßnahmen sollen der Bevölkerung ins Bewußtsein gerufen werden. Die ÖVP lehnt eine Budgetsanierung über die Energiepreise ab. Energiepreise machen bereits einen wesentlichen Teil der Lebenserhaltungskosten aus. Auch die Wiener Wirtschaft kritisiert die Tarifpolitik der Rathausmehrheit. Haubenburger sprach sich außerdem gegen die Abhängigkeit vom Ausland auf dem Energiesektor sowie gegen die geringe Ausnutzung der Fernwärme aus. Bei entsprechender Nutzung der Fernwärme könnten 65 Millionen Heizölkosten erspart werden. Die dreischienige Versorgung mit Strom, Gas und Fernwärme sei ebenso abzulehnen, wie der Anschlußzwang an das Fernwärmenetz. (Forts.) ba/bs

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Stadtwerkedebatte

=++++

30 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zu den Bemerkungen von GR. Pawkowicz (FPÖ) bezüglich der Zeitschrift "24 Stunden" sagte GR. RIEDLER (SPÖ), dieses Magazin sei auf die Kunden der Stadtwerke zugeschnitten und ergänze die Arbeit des Pressedienstes.

Zum Gasrohrnetz sei zu sagen, daß drei Viertel des Rohrnetzes nach 1945, 45% sogar nach 1960 errichtet wurden. Man könne also von keiner Überalterung des Netzes sprechen.

Riedler betonte die Wichtigkeit der Energie für die Entwicklung der Menschheit. In die Zukunft blickend müsse man also auch für diese vorsorgen und sich um zukünftige Energiearten wie Alternativenergie, Atomenergie oder Erdenergie kümmern.

In den letzten Jahrzehnten ist der Energieverbrauch vor allem im Haushalt gestiegen. Dem steigenden Verbrauch wurde vorsorgungsmäßig immer Rechnung getragen und dadurch ausreichende Bevorratungsmaßnahmen ist auch weiterhin vorgesorgt. Um ein zweites Standbein in der Gasversorgung bemüht man sich in Verhandlungen mit Algerien.

Man müsse in Zukunft zwar Energie "bewußt verwenden" aber Energie soll kein Luxusgut werden. Eine allgemeine Subventionierung für Energie soll es nicht geben, aber wirtschaftlich Schwächeren soll geholfen werden, ihren Bedarf zu decken.

Zum Investitionsplan sagte Riedler, daß eben nur ein bestimmtes Maß an Steuern dafür da ist. Die kritisierten Investitionssperren werden nur so lange gelten, bis die Mehreinnahmen durch Gas- und Strompreiserhöhungen wirksam werden. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Stadtwerkedebatte

=++++

31 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Kritik von GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz am Stadtwerke-Magazin "24 Stunden für Wien" stellte Stadtrat NITTEL (SPÖ) in seinem Schlußwort fest, daß diese Zeitschrift bereits seit zwei Jahren in engster Zusammenarbeit zwischen den Stadtwerken und dem Presse- und Informationsdienst hergestellt wird. Eine Kundenzeitschrift ist für ein so großes Unternehmen wie die Wiener Stadtwerke notwendig. Die Reaktionen der Leser zeigen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Er sei aber bei konkreten Verbesserungsvorschlägen stets gesprächsbereit, betonte Nittel.

Das Beschleunigungsprogramm für die Straßenbahn wird konsequent fortgesetzt. Ein Schwerpunkt für das nächste Jahr ist der Umbau der Jörgerstraße (Linie "43"). Auch das Gersthofer Platzel soll umgebaut werden. Für die Prinz Eugen-Straße gibt es ebenfalls ein Projekt. Trotz der allgemeinen Forderung nach Vorrang für die öffentlichen Verkehrsmittel gibt es allerdings in jedem Einzelfall, wo dieser verwirklicht werden soll, immer wieder starke Widerstände zu überwinden.

Nittel erinnerte daran, daß von der ÖVP seinerzeit Kritik an der Nichtbeteiligung der Wiener Stadtwerke am ersten Kernkraftwerk geübt worden war. Er habe immer wieder angeboten - und wiederhole dieses Angebot neuerlich -, über die schwierigen Fragen der Energieversorgung gemeinsam zu beraten. Für die Atmosphäre, in der solche Beratungen stattfinden, sei aber auch die ÖVP mitverantwortlich.

Die Entschuldung der Verkehrsbetriebe war ein Kompromiß. Dieser verkehrspolitisch bedeutsame Beschluß hat auch im jetzigen Wirtschaftsplan seinen Niederschlag gefunden. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Stadtwerkedebatte

=++++

32 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Nittel stellte fest, daß trotz der Preissteigerungen die Erhöhung der Strom- und Gasarife in den letzten Jahren unter der Steigerungsrate der allgemeinen Lebenshaltungskosten geblieben ist. So sank der Index des Strompreises zwischen 1964 und 1980, gemessen an den allgemeinen Lebenshaltungskosten, von 100 auf 85, der Gaspreisindex von 100 auf 95. Eine Gasheizung ist immer noch die billigste Heizungsform.

Bei den außerordentlich schwierigen und seriösen Tarifierungsverhandlungen nach der letzten Strompreiserhöhung wurde der Gewerbetarif begünstigt. Nittel kritisierte, daß die ÖVP dann im Gemeinderat trotzdem gegen diese Tarifierung gestimmt hat.

Die UNO-City wurde von Anfang an mit Fernwärme beheizt. Der Kugelgasbehälter in Leopoldau hat bereits die erste Druckprobe bestanden.

Im Zusammenhang mit der Forderung, die Heizbetriebe in die Wiener Stadtwerke einzugliedern, sagte Nittel, daß nicht die Verwaltungsform entscheidend sei, sondern eine koordinierte Energiepolitik. Diese ist durch das energiewirtschaftliche Referat gewährleistet.

ABSTIMMUNG: Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Antrag der FPÖ, das Stadtwerke-Magazin "24 Stunden für Wien" einzustellen, wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt. (Schluß) ger/bs

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Eissportanlage

=++++

33 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat am Freitag, im Anschluß an den Landtag, unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) neuerlich zusammen.

GR. LUDWIG (SPÖ) beantragt eine Subvention in der Höhe von 10 Millionen zur Errichtung eines Eislaufplatzes auf dem Nothnagelplatz. GR. ARTHOLD (ÖVP) stellte fest, daß es die Idee seiner Partei gewesen war, die Grünflächen der Bäder im Winter als Parks zu öffnen. Nun beantragte er, die Öffnung des Laaer Berg-Bades als Eislaufplatz. Man sollte endlich aufhören, Sportdenkmäler zu errichten. Stadtrat Schieder (SPÖ) sagte, daß es keine verbindliche Zusage der Stadt Wien gegenüber dem ASKÖ auf eine weitere Subvention gegeben hat. Ob ein Bad im Winter als Eislaufplatz benützt werden kann, müsse erst überprüft werden. In seinem Schlußwort teilte GR. Ludwig mit, daß der ASKÖ eine Eisschnellaufbahn errichten wird, die sowohl den Eisschnellläufern zum Training als auch dem Publikum zur Verfügung stehen wird.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Der Antrag der ÖVP wurde zugewiesen.

Zwtl.: Wohnbauprogramm

Über das Wohnbauprogramm der Stadt Wien 1981 bis 1983 wurde getrennt abgestimmt. Das Projekt auf den Steinhofgründen wurde mit Mehrheit angenommen, alle übrigen Projekte einstimmig beschlossen.

(Forts.) ba/gg

Gratz: Positive Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit (1)

Utl.: Schlußansprache des Bürgermeisters im Gemeinderat

=++++

26 #Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Nach den viertägigen Beratungen des Wiener Gemeinderates in dieser Woche hielt Bürgermeister Leopold GRATZ die traditionelle Schlußansprache, in der er die positiven Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit der Wienerinnen und Wiener in diesem Jahr hervorhob. Gratz warnte in diesem Zusammenhang vor einer Entwicklung in der politischen Auseinandersetzung, die im Angehörigen der anderen Partei nicht einen Österreicher sieht, sondern einen Feind, der vernichtet gehört. Man kann aber nicht Haß predigen und Liebe ernten, betonte Gratz.#

Im einzelnen führte der Bürgermeister aus: "Wie es der parlamentarischen Tradition dieses Hauses entspricht, wurde in diesen Tagen eine kritische Bilanz unserer Arbeit gezogen. Und mit den heutigen Beschlüssen wurde die Grundlage für die Fortsetzung dieser Arbeit im kommenden Jahr gelegt.

Das Jahr 1980 brachte Anlässe für scharfe politische Auseinandersetzungen, es brachte auch Erkenntnisse, die uns alle tief bewegt haben. Ich will am Schluß dieser viertägigen Beratungen nicht nochmals auf diese Thematik eingehen, ich möchte nur eins sagen: Lassen wir es nicht zu, daß diese Vorgänge die positiven Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit der Wienerinnen und Wiener verdunkeln, denn dieses Jahr 1980 brachte sehr wesentliche Fortschritte bei der Aufbauarbeit in unserer Stadt.

Meine Damen und Herren, die Fortschritte und Erfolge in dem zu Ende gehenden Jahr berechtigen uns zu einigem Stolz auf die gemeinsamen Leistungen. Es gibt eine intellektuelle und oft überschraubte Kritik an der Kommunalpolitik. Diese Kritik erwartet Wunder in einem Bereich, der sehr hart von der Realität geprägt ist. Manchmal besteht die Gefahr, daß man über diese Kritik vergißt, welche tiefe Befriedigung gerade der Kommunalpolitiker in seiner Arbeit finden kann. (Forts.) red/gg

Gratz: Positive Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit (2)
Utl.: Schlußansprache des Bürgermeisters im Gemeinderat

=++++

27 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Wenn als Ergebnis der Arbeit, auch der sachlichen Auseinandersetzungen Wien wieder etwas moderner, lebenswerter, vitaler geworden ist - wenn für viele einzelnen Wiener durch Wohnungen, Parks, Gärten, raschere Verkehrsmittel, Schulen und Kindergärten das Leben schöner und glücklicher geworden ist, dann hat die Arbeit und das Engagement jedes einzelnen Mitgliedes des Gemeinderates dazu beigetragen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe - so wie wir alle - die politischen Auseinandersetzungen der letzten Monate miterlebt. Und da scheint mir eine Entwicklung einzutreten, die bedenklich ist - der man bewußt entgegentreten muß. Es wächst eine Generation heran, der das schwere gemeinsame Aufbauwerk aus den Trümmern von 1945 zum blühenden Staat nicht erlebte Geschichte bedeutet, sondern bloße Erzählung.

Diese Generation ist nicht mehr geprägt von einer Zeit, als alle wußten, daß uns als Österreicher mehr verbindet, als uns wegen verschiedener Parteizugehörigkeit trennt. Diese Generation beurteilt die Demokratie nicht mehr nach ihren Leistungen im Kampf um Freiheit und Wiederaufbau, sondern nach dem Verhalten ihrer Repräsentanten von heute. Und da sollten wir uns alle besinnen - nicht nur am Heiligen Abend. Ein Beobachter erhält den Eindruck, man sieht in Angehörigen der anderen Partei nicht einen Österreicher mit anderen politischen Ansichten, sondern einen Feind, der gekränkt, verletzt, gedemütigt und vernichtet gehört. Worte, meine Damen und Herren, sind eine oft unterschätzte, aber ungeheure Kraft. Sie können verbinden und versöhnen, sie können aber auch verletzen und zerstören - und nicht zurückgenommen werden. Man kann nicht Haß predigen und Liebe ernten. (Forts.) red/bs

Gratz: Positive Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit (3)
Utl.: Schlußansprache des Bürgermeisters im Gemeinderat

=++++

28 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Es gibt schon viele Vereine von und für Politiker in Österreich. Einer wäre es wert, gegründet zu werden, bei dem sich jedes Mitglied öffentlich verpflichtet, keinen Mitmenschen zu beschimpfen, in seiner Ehre zu kränken oder zu beleidigen. Das jeweilige Pönale könnte einem karitativen Zweck zufließen. Das täte dem Kampf mit den Waffen des Geistes keinen Abbruch - denn Geist bedarf des Schimpfens nicht.

Nehmen wir uns vor, so zu agieren, als ob es diesen Verein gäbe - das Ansehen der Demokratie kann nur gewinnen!

Meine Damen und Herren, im Namen der Bundeshauptstadt Wien grüße ich alle Landsleute in den anderen Bundesländern. Ich grüße auch alle Landsleute im Ausland und besonders unsere Soldaten, die in fernen Ländern auf Friedenswacht stehen.

Ich danke den Mitgliedern des Gemeinderats und allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit. Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, und allen Wienerinnen und Wienern ein gesegnetes Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und ein gutes Jahr 1981." (Schluß) red/sr

Abschaffung des Beschreibungsbogens

=++++

14 #Wien, 12.12. (RK-LOKAL) Bei Gesprächen, die Stadtschulratspräsident Hans MATZENAUER mit Vertretern des Landesverbandes Wien der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen und der Wiener Kinderfreunde führte, brachten die Elternvertreter erneut den Wunsch nach Abschaffung des Erziehungsbogens vor. Präsident Matzenauer sicherte zu, diesem Wunsch zu entsprechen. #

Der Erziehungsbogen, der eine umfassende Beschreibung des Schülers vorsieht, soll bei einem Lehrer- oder Schulwechsel eine Orientierungshilfe für den nachfolgenden Lehrer darstellen. In seiner Grundkonzeption entstand der Erziehungsbogen bereits in der Ersten Republik und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg, den neuesten Erkenntnissen der Kinderpsychologie entsprechend, verbessert und ausgebaut. So sehr auch von der Führung dieser Erziehungsbogen wertvolle Anregungen für die Arbeit des Lehrers ausgehen mögen, so könne nach Meinung der Elternvertreter doch auch die Gefahr einer gewissen Voreingenommenheit durch nachfolgende Lehrer, die den Schüler noch nicht kennen, nicht ausgeschlossen werden. Den Elternvertretern geht es dabei nicht um Formalfragen, sondern vor allem um eine grundlegende Verbesserung des Verhältnisses zwischen Elternhaus und Schule mit dem Ziel, ein echtes Partnerschaftsverhältnis zwischen Eltern und Lehrern zu schaffen.

Präsident Hans Matzenauer betonte, daß auch ihm die gemeinsame Erziehungsverantwortung von Elternhaus und Schule besonders am Herzen liege. Zweifellos habe sich die Erziehungssituation im letzten Jahrzehnt stark verändert: Einerseits besitzen die Lehrer heute einen weitaus höheren Ausbildungsstand als früher, andererseits bekundet die Mehrheit der Eltern heute großes Interesse an der Erziehung ihrer Kinder. Mehr Mut zur Erziehung und größere Bereitwilligkeit zur Partnerschaft von Eltern und Lehrern müßten nach Meinung des Amtsführenden Präsidenten die Führung von eigenen Erziehungsbogen überflüssig machen. Er beabsichtige daher Maßnahmen einzuleiten, die zur Abschaffung des Erziehungsbogens erforderlich sind. (Schluß) red/bs

Wiener Landtag (1)

Utl.: Getränke- und Gefrorenessteuer

=++++

34 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat Freitag im Anschluß an die Debatte über die Wiener Stadtwerke unter dem Vorsitz von Landtagspräsident PFOCH (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Dem Landtag lag ein ÖVP-Antrag über die Befreiung des Aufstellens von Zierpflanzen von der Gebrauchsabgabe vor. Der Antrag wurde zugewiesen.

Stadtrat MAYR (SPÖ) beantragte eine Änderung des Getränkesteuer- und des Gefrorenensteuergesetzes. Die Erklärung dieser Steuer soll nicht mehr monatlich, sondern einmal pro Jahr erfolgen.

Landtagsabgeordneter Komm.-Rat SCHNEIDER (ÖVP) begrüßte diese Verwaltungsvereinfachung. Wünschenswert wäre weiter eine Gleichstellung des Zahlungstermines mit der Mehrwertsteuer.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) sei/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Änderung der Bauordnung

=++++

35 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat NEKULA (SPÖ) referierte vier Geschäftsstücke, die alle ohne Debatte EINSTIMMIG ANGENOMMEN wurden:

- o Mit der Bauordnungsnovelle 1980 wird ein Kundmachungsmangel früherer Flächenwidmungspläne behoben
- o Die 6. Novelle zur Dienstordnung 1966 hat eine Verlängerung des Urlaubsanspruchs bei älteren Mitarbeitern. Bestimmungen hinsichtlich der Pragmatisierung beim Wechsel von Dienstnehmern zwischen Körperschaften öffentlichen Rechts und die Vorgangsweise bei Abordnungen zum Inhalt.
- o Die 2. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979 enthält Verbesserungen beim Urlaub, für ältere Dienstnehmer, die den Beamten entsprechende Erhöhung der Gehälter um 6,2 Prozent, und Abfertigungsregelungen für Hausbesorger.
- o Wichtige Details des Gesetzes, mit dem das Wiener Bezügegesetz und die Dienstordnung 1966 geändert werden, sind:
 - das Gehalt des Landeshauptmanns wird um 11.000 Schilling, das der Mitglieder der Landesregierung um 5.000 bis 7.000 Schilling gesenkt, während die nichtamtsführenden Stadträte künftig um 6.000 Schilling mehr verdienen werden, die Bezüge werden für die Pension angerechnet. Ein Abfertigungsanspruch entsteht erst nach dreijähriger Tätigkeit als Landtagsabgeordneter. Die Bezirksvorsteher und -Stellvertreter unterliegen künftig der Lohn- statt der Einkommenssteuer.

Die Sitzung wurde um 15.40 geschlossen.

(Schluß) and/bs

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Gaspreise

=++++

36 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Nittel (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Gaspreises und der Zählergebühren um 14%. Die Erhöhung soll rückwirkend ab 1. November gelten. Eine Kilowattstunde soll 43,94 Groschen für Haushalte und 42,02 Groschen für Gewerbe und Industrie kosten. Nittel begründete die Preisanpassung mit dem enormen Preisanstieg von 44% für russisches Erdgas im letzten Jahr.

GR. Pawkowicz (FPÖ) sagte, es sei nicht ganz einzusehen, warum die Zählergebühren, die ja nichts mit den Gaslieferungen aus Rußland zu tun haben, auch steigen. Außerdem halte er eine rückwirkende Erhöhung der Preise für nicht vertretbar. Pawkowicz stellte einen Abänderungsantrag, die Preiserhöhung für das Gas erst ab ersten Jänner in Gültigkeit zu setzen, sowie auf Entfall der Erhöhung der Zählergebühren.

Stadtrat Nittel bemerkte abschließend der Gaspreis sei ein zusammengesetzter Preis und nicht zu trennen. Bei gleichbleibenden Zählergebühren hätte man eben den Preis für das Gas selbst noch mehr erhöhen müssen. In der Abstimmung wurde der Abänderungsantrag der FPÖ abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Anträge

=++++

37 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Folgende Anträge wurden mit Mehrheit angenommen:

Ein Antrag von Stadtrat HATZL (SPÖ), den Planungs- und Baudurchführungsvertrag für den städtischen Wohnbau Wien 14, Heschweg, mit der Sozialbau, zu genehmigen.

Ein Antrag von GR. Rosa HEINZ (SPÖ), den Sachkredit für den städtischen Wohnbau Wien 18, Peter Jordan-Straße 81 - 91, um 25 auf 163 Millionen S zu erhöhen.

Ein Antrag von GR. SCHULTZ (SPÖ), den Baukostenanteil der Stadt Wien an der Brigittenauer Brücke für den Geh- und Radweg und die Führung der Einbauten in der Höhe von 105 Millionen S zu genehmigen und ein weiterer Antrag von GR. SCHULTZ, die Erstellung des Detailprojekts und die Bauaufsicht für die Brigittenauer Brücke in der Höhe von 30 Millionen S zu genehmigen. (Forts.) gab/fe

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Gebührenerhöhungen

=++++

38 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR (SPö) stellte insgesamt vier Anträge, die eine Erhöhung der Wassergebühren um 21,2 Prozent, der Müllabfuhrtarife um 21,5 Prozent, verschiedener Kanal-Nebengebühren zwischen 2,5 und 9,6 Prozent sowie eine Erhöhung des Kurzparkzonentarifs von 2 auf 4 Schilling für die halbe Stunde vorsehen. Die Erhöhung der Parkometerabgabe soll am 12. Jänner 1981, die übrigen neuen Gebühren sollen am 1. Jänner 1981 in Kraft treten.,

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) bezweifelte die Kalkulation im Zusammenhang mit den Wassergebühren und den Müllabfuhrtarifen. Die Wasserwerke verzeichnen - so Dr. Hirnschall - einen Überschuß, bei der Müllabfuhr ist es fragwürdig, schon Zahlungen für die Rinter-AG zu berücksichtigen. Die Erhöhung der Kanalräumungsgebühren erscheint dagegen gerechtfertigt. Die FPö ist auch bereit, der Erhöhung der Parkometergebühr zuzustimmen. Hirnschall brachte in diesem Zusammenhang einen ZUSATZANTRAG ein, deren Ertrag ausschließlich zur gezielten Förderung des Garagenbaus zu verwenden sei, wobei eine angemessene Quote verbilligter Einstellplätze für die Wohnbevölkerung vorgesehen werden soll. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Gebührenerhöhungen

39 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DALLER (ÖVP) kritisierte, daß die Unterlagen keine gewissenhafte Untersuchung zulassen. Die Mehrbelastungen aus den Erhöhungen betragen 300 Millionen Schilling. Zusammen mit den Erhöhungen des Bundes ergibt sich eine "Belastungslawine".

GR. WIESINGER (SPö) stellte einen gemeinsamen ANTRAG der SPö und ÖVP, daß der Magistrat eine Neuordnung der Garagenförderung ausarbeiten sollte. Die Mehreinnahmen aus der Parkometerabgabe sollten vorwiegend für diese Garagenförderung verwendet werden.

Stadtrat MAYR erklärte in seinem Schlußwort, daß der Kostendeckungsgrad bei den Gebühren nach einer Methode errechnet wird, die vom Rechnungshof empfohlen wurde.

ABSTIMMUNG: Die Wasser- und Müllabfuhrgebühren wurden mit den Stimmen der SPö, die Kanalnebengebühren mit den Stimmen der SPö und FPö und die Parkometerabgabe mit den Stimmen der SPö und ÖVP beschlossen. Der Antrag von GR. Wiesinger wurde mit den Stimmen der SPö und ÖVP angenommen, der Antrag von GR. Dr. Hirnschall mit den Stimmen der SPö und ÖVP abgelehnt. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Förderungsbeitrag, Flächenwidmung

=++++

40 Wien, 12.12. (RK KOMMUNAL) Die Gewährung eines Förderungsbeitrages in Höhe von 200.000 Für das Internationale Institut für Jugendliteratur beantragte GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPÖ): Im Park von Ober-Laa soll ein Bücherstand errichtet werden. Gr.Prof. BITTNER (ÖVP) stellte fest, daß seine Fraktion nicht gegen die Förderung an sich, wohl aber gegen die Bedeckung sei und forderte in einem ABÄNDERUNGSANTRAG die Finanzierung statt aus dem Kulturschilling aus den Transfermitteln für Volksbildung.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag blieb in der Minderheit. Der Antrag selbst wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Abänderung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet zwischen Erdberger Lände, Lechnerstraße, Dietrichgasse und Haidingergasse beantragte GR. BROSCHE (SPÖ). GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß negative Stellungnahmen zu dieser Umwidmung, die eine Erhöhung der zulässigen Gebäudehöhen zum Teil bis zur Bauklasse 5 ermöglicht, vom Fachbeirat für Stadtplanung, Prof. Knoflacher als Verkehrsexperten, der Arbeiterkammer und der Magistratsabteilung 18 abgegeben wurden. Es sei vor negativen Auswirkungen auf das Stadtbild, den Hanusch-Hof, die Verkehrsentwicklung, die Belichtung und den Donaukanalbereich hingewiesen worden. Hirnschall führte weiter aus, die Umwidmung bringe die Verantwortlichen der Fertigteilbau, die damit spekuliert haben, aus einer unangenehmen Situation. GR. Brosch führte abschließend aus, die Umwidmung sei sorgfältig vorbereitet worden. Er vertrat u.a. die Ansicht, die Postverwaltung werde sich sicher den Bestimmungen der Bauordnung 1976 über die Belichtung unterwerfen.

ABSTIMMUNG: Mit Mehrheit angenommen (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Subvention

=++++

41 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Für die Vereinigung für internationalen Kulturaustausch beantragte GR. STRANGL (SPö) eine Subvention von 820.760 Schilling. Die Subvention dient zur Abdeckung der Eröffnung der UNO-City und der 25 Jahre Staatsvertragsfeiern. Der Bund wird über 1,6 Millionen bereitstellen. GR. HAHN (ÖVP) übte Kritik an der Person des Generalsekretärs des Vereines. Im Kontrollamtsbericht sei von einem ausständigen Betrag von etwa 2,5 Millionen die Rede. Dies sei ein Fall für den Staatsanwalt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Theatersubventionen

=++++

42 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) GR. WINDHAB (SPÖ) beantrage Subventionen in der Gesamthöhe von 1.065 Millionen S für Bauarbeiten an Theatern, darunter 200.000 für die "Komödianten", 370.000 für den Verein "Drachengasse zwei", 200.000 für das Schauspielhaus und 240.000 für den Kulturverein Donaustadt.

GR. PROHASKA (ÖVP) bezweifelte die Berechtigung der Subventionen im Fall der "Komödianten" und der "Drachengasse", die beide zu den auserkorenen "progressiven" Gruppen gehörten, die jede Vergünstigung von seiten der Stadt Wien erhielten. Sowohl die geplante Werkstätte für die Komödianten im 22. Bezirk wie auch die Bühne für die "Drachengasse" seien Fehlplanungen. Prohaska beantragte die getrennte Abstimmung für diese beiden Punkte.

GR. WINDHAB antwortete, daß die "Komödianten", aus dem Wiener Theaterleben nicht mehr wegzudenken seien, und eine Werkstätte im 22. Bezirk auf jeden Fall finanziell günstiger sei als eine in der Nähe des Theaters im Zentrum. In der "Drachengasse zwei" wirken eine Reihe von Frauen mit, die bereits im kulturellen Leben bekannt sind und eine hervorragende Kulturarbeit garantieren.

Die Abstimmung wurde getrennt vorgenommen. Die Subvention für die "Komödianten" und die "Drachengasse" wurde mit den Stimmen der SPÖ, der Rest des Antrages einstimmig angenommen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (31)

Ut.: Kunstverein Wien

=++++

43 Wien, 12.12. (RK-KOMMUNAL) Gr. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) stellte den Antrag, dem Kunstverein Wien eine Subvention für das Jahr 1981 in der Höhe von 6,1 Millionen Schilling zu gewähren. Unter den zahlreichen Aktivitäten des Kunstvereines hob Smejkal die Kinderliteraturwoche und die "Literatur im März" hervor. Auch der Gehalt von Frau Dr. Pasterk, einer überaus tüchtigen und engagierten Mitarbeiterin, ist in der Subvention enthalten.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) wandte sich gegen die Finanzierung der Anstellung von Frau Dr. Pasterk.

In ihrem Schlußwort wies GR. Ingrid Smejkal auf die wertvolle Arbeit des Kunstvereines in der Wiener Kulturszene hin.

ABSTIMMUNG: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ. (Schluß) ger/bs